

No. 29551

**GERMANY
and
CZECHOSLOVAKIA**

Agreement to regulate matters of common interest in relation to nuclear safety and radiation protection (with exchange of notes). Signed at Prague on 30 May 1990

Authentic texts: German and Czech.

Registered by Germany on 28 January 1993.

**ALLEMAGNE
et
TCHÉCOSLOVAQUIE**

Accord relatif au règlement des questions d'intérêt commun en matière de sécurité nucléaire et de radioprotection (avec échange de notes). Signé à Prague le 30 mai 1990

Textes authentiques : allemand et tchèque.

Enregistré par l'Allemagne le 28 janvier 1993.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER TSCHECHISCHEN UND SLOWAKISCHEN FÖDERATIVEN REPUBLIK ZUR REGELUNG VON FRAGEN GEMEINSAMEN INTERESSES IM ZUSAMMENHANG MIT KERNTÉCHNISCHER SICHERHEIT UND STRAHLENSCHUTZ

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Tschechischen
und Slowakischen Föderativen Republik –

von dem Wunsch geleitet, die beiderseitigen Beziehungen in Übereinstimmung mit dem Vertrag vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, insbesondere im Hinblick auf seinen Artikel V, weiter zu entwickeln,

eingedenk der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975 und der Abschließenden Dokumente des Madrider und des Wiener Treffens,

ausgehend von dem in Wien unterzeichneten Übereinkommen vom 26. September 1986 über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen,

in dem Bewußtsein, daß der allgemeine und frühzeitige Informations- und Erfahrungsaustausch über kerntechnische Sicherheit und Strahlenschutz insbesondere zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung beider Seiten beiträgt –

sind wie folgt übereingekommen:

Geltungsbereich

Artikel 1

Dieses Abkommen gilt für Kernanlagen und Tätigkeiten; darunter sind zu verstehen:

- a) Kernreaktoren
- b) Anlagen des Kernbrennstoffkreislaufs

- c) Anlagen zur Behandlung radioaktiver Abfälle
- d) Beförderung und Lagerung von Kernbrennstoffen oder radioaktiven Abfällen.

Informations- und Erfahrungsaustausch

Artikel 2

(1) Beide Seiten unterrichten einander über die Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie und über ihre Rechtsvorschriften zur kerntechnischen Sicherheit und zum Strahlenschutz.

(2) Beide Seiten unterrichten einander über ihre Erfahrungen aus dem Betrieb ihrer Kernanlagen einschließlich der Sicherheitssysteme und des Strahlenschutzes.

(3) Beide Seiten tauschen regelmäßig einmal im Jahr die Ergebnisse der von der jeweiligen Seite festgelegten Meßprogramme für die Emissions- und Immissionsüberwachung von Kernanlagen sowie der Radioaktivitätsüberwachung der Umwelt aus.

Artikel 3

(1) Beide Seiten unterrichten sich gegenseitig über grenznahe Kernanlagen und machen sich die dazu geeigneten Unterlagen zugänglich.

(2) Informationen nach Absatz 1 werden für geplante Kernanlagen so rechtzeitig gegeben, daß etwaige Stellungnahmen berücksichtigt werden können.

(3) Die Unterrichtung nach den Absätzen 1 und 2 mit den dazu geeigneten Unterlagen betrifft Kernanlagen in einem Bereich bis zu 30 km beiderseits der gemeinsamen Grenze.

(4) Auf begründeten Wunsch einer Seite kann die Unterrichtung nach Absatz 1 auch für Kernanlagen außerhalb des Bereichs von 30 km beiderseits der gemeinsamen Grenze stattfinden. Beide Seiten werden sich die betreffenden Anlagen auf diplomatischem Weg mitteilen.

Frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen

Artikel 4

(1) Beide Seiten benachrichtigen sich gegenseitig unverzüglich über Unfälle, die Kernanlagen oder Tätigkeiten nach Artikel 1 dieses Abkommens betreffen, bei denen radioaktive Stoffe freigesetzt werden oder werden können. Eine solche Unterrichtung erfolgt bei Gefahr einer grenzüberschreitenden radiologischen Auswirkung auf das Gebiet der anderen Seite spätestens zu

einem Zeitpunkt, in dem Maßnahmen zum Schutz der eigenen Bevölkerung eingeleitet werden.

(2) Die nach Absatz 1 zu übermittelnden Informationen umfassen folgende Angaben:

- a) den Zeitpunkt, gegebenenfalls den genauen Ort und die Art des nuklearen Unfalls;
- b) die betroffene Anlage oder Tätigkeit;
- c) die vermutete oder festgestellte Ursache und die vorhersehbare Entwicklung des nuklearen Unfalls in bezug auf die grenzüberschreitende Freisetzung radioaktiver Stoffe;
- d) die allgemeinen Merkmale der radioaktiven Freisetzung einschließlich, soweit durchführbar und angemessen, der Art, wahrscheinlichen physikalischen und chemischen Form und der Menge, Zusammensetzung und effektiven Höhe der radioaktiven Freisetzung;
- e) Informationen über die derzeitigen und vorhergesagten meteorologischen und hydrologischen Bedingungen, die zur Vorhersage der grenzüberschreitenden Freisetzung der radioaktiven Stoffe erforderlich sind;
- f) die Ergebnisse der Umweltüberwachung in bezug auf die grenzüberschreitende Freisetzung der radioaktiven Stoffe;
- g) die ergriffenen oder geplanten Schutzmaßnahmen außerhalb der betroffenen Anlage;
- h) die Vorhersage über das Verhalten der radioaktiven Freisetzung im weiteren Verlauf.

(3) Die Benachrichtigung erfolgt auf direktem Weg. Hierzu geben beide Seiten einander die für die Benachrichtigung zuständigen Kontaktstellen bekannt.

(4) Beide Seiten benachrichtigen sich auf gleichem Weg über von ihnen gemessene ungewöhnlich erhöhte Werte der Radioaktivität in anderen als in Absatz 1 genannten Fällen.

(5) Auf Wunsch einer Seite übermittelt die andere Seite, über den in Absatz 2 festgelegten Umfang der zu übermittelnden Informationen hinaus, weitere zur Beurteilung der eingetretenen Situation verfügbare Angaben.

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 5

(1) In Durchführung dieses Abkommens finden Konsultationen periodisch, mindestens einmal im Jahr, und bei besonderen Anlässen statt.

(2) Der Inhalt der Gespräche und ausgetauschte Unterlagen können ohne Einschränkungen genutzt werden, es sei denn, sie wurden von der übermittelnden Seite vertraulich gegeben. Vertrauliche Informationen und Unterlagen dürfen nur denjenigen Stellen zugänglich gemacht werden, die sie zur Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen zum Schutz der eigenen Bevölkerung benötigen. Eine darüber hinaus vorgesehene Weitergabe vertraulicher Informationen und Unterlagen an Dritte bedarf des gegenseitigen Einverständnisses.

Artikel 6

(1) Jede Seite benennt einen Koordinator.

(2) Der Austausch aller im Rahmen der Zusammenarbeit nach den Artikeln 2 und 3 zu übermittelnden Unterlagen und Informationen erfolgt über die Koordinatoren, soweit im Einzelfall kein besonderer Informationsweg in Betracht kommt. Einzelheiten des Verfahrens werden zwischen den Koordinatoren geregelt.

Artikel 7

Für die Kosten, die durch die gegenseitige Information verursacht werden, machen beide Seiten keine Erstattungsansprüche geltend. Falls die Beschaffung von Unterlagen mit erheblichen Kosten verbunden ist, hat die ersuchende Seite diese zu tragen.

Artikel 8

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 9

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Seiten einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird für unbegrenzte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Seite mit einer Frist von sechs Monaten schriftlich gekündigt werden.

Geschehen zu Prag am 30. Mai 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

HERMANN HUBER

CLEMENS STROETMANN

Für die Regierung
der Tschechischen und Slowakischen
Föderativen Republik:

ZDENKO PIREK

[CZECH TEXT — TEXTE TCHÈQUE]

DOHODA MEZI VLÁDOU SPOLKOVÉ REPUBLIKY NĚMECKO A
VLÁDOU ČESKÉ A SLOVENSKÉ FEDERATIVNÍ REPUBLIKY
O ÚPRAVĚ OTÁZEK SPOLEČNÉHO ZÁJMU TÝKAJÍCÍCH SE
JADERNÉ BEZPEČNOSTI A OCHRANY PŘED ZÁŘENÍM

Vláda Spolkové republiky Německo a vláda České a Slovenské Federativní Republiky

v e d e n y přáním dále rozvíjet vzájemné vztahy v souladu se Smlouvou o vzájemných vztazích mezi Spolkovou republikou Německo a Československou socialistickou republikou ze dne 11. prosince 1973, zejména psk jejím článkem V,

m s j í c e n a z ř e t e l i Závěrečný dokument Konference o bezpečnosti a spolupráci v Evropě ze dne 1. srpna 1975 a závěrečné dokumenty adriánské a Vídeňské následné schůzky,

v y c h á z e j í c e z Úmluvy o včasném oznamování jaderných nehod sjednané ve Vídni dne 26. září 1986,

j s o u c e s i v ě d o m y , že všeobecná a včasná výměna informací a zkušeností o jsderné bezpečnosti s ochraně před zářením přispívá především ke zlepšení ochrany obyvatelstva obou stran

se dohodly takto:

Rozsah platnosti

Článek 1

Tato dohoda se vztahuje na jaderná zařízení a činnosti, kterými se rozumí:

- a/ jaderné reaktory,
- b/ zařízení jaderného palivového cyklu,
- c/ zařízení určená k manipulaci s radioaktivními odpady,
- d/ přeprava a skladování jsderného palíva nebo radioaktivních odpadů.

Výměna informací a zkušeností

Článek 2

1. Obě strany se vzájemně informují o vývoji mírového využívání jaderné energie a o svých právních předpisech týkajících se jaderné bezpečnosti a ochrany před zářením.

2. Obě strany se vzájemně informují o svých zkušenostech z provozu jaderných zařízení včetně systémů zajištění jaderné bezpečnosti a ochrany před zářením.

3. Obě strany si pravidelně jednou za rok vyměňují výsledky programů měření stanovených každou stranou pro sledování emisí a imisí z jaderných zařízení, jakož i ze sledování radioaktivity v životním prostředí.

Článek 3

1. Obě strany se vzájemně informují o příhraničních jaderných zařízeních a zpřístupní si k tomu příslušné podklady.

2. Informace podle odst. 1 pro plánovaná jaderná zařízení budou poskytovány dostatečně včas, aby mohla být vzata v úvahu případná stanoviska.

3. Informace podle odst. 1 a 2, včetně příslušných podkladů, se týkají jaderných zařízení na území do 30 km po obou stranách společné hranice.

4. Na základě zdůvodněné žádosti jedné strany se může informace podle odst. 1 týkat také jaderných zařízení mimo území do 30 km po obou stranách společné hranice. Obě strany si vzájemně diplomatickou cestou sdělí, která zařízení přicházejí v úvahu.

Včasně oznamování jaderných nehod

Článek 4

1. Obě strany se neprodleně vzájemně informují o nehodách týkajících se jaderných zařízení nebo činností podle čl. 1 této dohody, při kterých dochází nebo může dojít k úniku radioaktivních látek. Tato informace se poskytuje v případě nebezpečí, že radiační působení zasáhne území druhé strany, a to nejpozději tehdy, kdy jsou zahajována opatření k ochraně vlastního obyvatelstva.

2. Informace předávané podle odst. 1 zahrnují následující údaje:
a/ doba, a je-li to účelně, přesně místo a charakter jaderné nehody,

- b/ příslušné zařízení nebo druh činností,
- c/ předpokládaná nebo zjištěná příčina a předpokládaný vývoj jaderné nehody, pokud jde o únik radioaktivních látek za hranice státu,
- d/ obecná charakteristika radioaktivního úniku včetně, pokud je to prakticky možné a účelné, charakteru, pravděpodobné fyzikální a chemické formy a množství, složení a efektivní výšky radioaktivního úniku,
- e/ informace o existujících a předpokládaných meteorologických a hydrologických podmínkách nezbytných pro prognózy úniku radioaktivních látek za hranice státu,
- f/ výsledky monitorování životního prostředí, týkající se úniku radioaktivních látek za hranice státu,
- g/ přijatá nebo plánovaná ochranná opatření mimo prostor nehody,
- h/ předvídatelný vývoj radioaktivního úniku.

3. Informace se poskytují přímou cestou. K tomu si obě strany vzájemně oznámí příslušná styčná místa.

4. Obě strany se stejnou cestou informují o naměřených, neobvykle zvýšených, hodnotách radioaktivity v případech, které nejsou uvedeny v odst. 1.

5. Na žádost jedné strany sdělí druhá strana další údaje potřebné k posouzení vzniklé situace, které přesahují rozsah předávaných informací stanovených v odst. 2.

Všeobecná ustanovení

Článek 5

1. Za účelem provádění této dohody se uskuteční pravidelné konzultace, a to nejméně jednou v roce, a rovněž při zvláštních příležitostech.

2. Obsah rozhovorů a vyměněné podklady mohou být využívány bez omezení, pokud je předávající strana neprohlásí za důvěrné. Důvěrné informace a podklady mohou být zpřístupněny jen těm místům, která je potřebují pro přípravu a provádění opatření k ochraně vlastního obyvatelstva. Předání důvěrných informací a podkladů třetí straně vyžaduje vzájemný souhlas.

Článek 6

1. Každá strana jmenuje jednoho koordinátora.

2. Výměna všech podkladů a informací v rámci spolupráce podle článků 2 a 3 této dohody se provádí prostřednictvím koordinátorů, pokud v jednotlivých případech nebude přicházet v úvahu zvláštní informační cesta. Podrobnosti postupu budou upraveny koordinátory.

Článek 7

Žádná ze stran si nečiní nárok na úhradu nákladů, které vzniknou při výměně informací. V případě, že obstarání podkladů je spojeno se značnými výdaji, nese tyto náklady žádající strana.

Článek 8

Podle čtyřstranné dohody ze dne 3. září 1971 bude tato dohoda v souladu se stanovenými postupy rozšířena na Berlín /Západní/.

Článek 9

1. Tato dohoda vstoupí v platnost dnem, ve kterém si obě strany vzájemně oznámí, že byly splněny potřebné vnitrostátní předpoklady pro její vstup v platnost.

2. Tato dohoda se uzavírá na neomezenou dobu. Může být vypovězena každou stranou písemnou cestou ve lhůtě šesti měsíců.

Dáno v Praze dne 30. května 1990 ve dvou původních vyhotoveních v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za vládu
Spolkové republiky Německo:

[Signed — Signé]¹

[Signed — Signé]²

Za vládu
České a Slovenské
Federativní Republiky:

[Signed — Signé]³

¹ Signed by Hermann Huber — Signé par Hermann Huber.

² Signed by Clemens Stroetmann — Signé par Clemens Stroetmann.

³ Signed by Zdenko Pirek — Signé par Zdenko Pirek.

EXCHANGE OF NOTES — ÉCHANGE DE NOTES

I

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

DER BOTSCHAFTER DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
VELVYSLANEC SPOLKOVÉ REPUBLIKY NĚMECKO

Prag, den 30. Mai 1990

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf Artikel 3 Absatz 4 des heute zwischen unseren beiden Regierungen geschlossenen Abkommens zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz mitzuteilen, daß entsprechend einem Wunsch Ihrer Seite Artikel 3 Absatz 1 dieses Abkommens auch auf das auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb befindliche Kernkraftwerk Isar angewendet wird.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

HERMANN HUBER

Seiner Exzellenz
dem stellvertretenden Minister
für Aswärtige Angelegenheiten
der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik
Herrn Zdenko Pirek
Prag

II

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

DER STELLVERTRETENDE MINISTER FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DER TSCHECHISCHEN UND SLOWAKISCHEN FÖDERATIVEN REPUBLIK

Prag, den 30. Mai 1990

Herr Botschafter,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik unter Bezugnahme auf Artikel 3 Absatz 4 des heute zwischen unseren beiden Regierungen geschlossenen Abkommens zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz mitzuteilen, daß entsprechend einem Wunsch Ihrer Seite Artikel 3 Absatz 1 dieses Abkommens auf das auf dem Gebiet der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik im Bau befindliche Kernkraftwerk Temelin angewendet wird.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

ZDENKO PIREK

Seiner Exzellenz
dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Hermann Huber
Prag

[CZECH TEXT — TEXTE TCHÈQUE]

NÁMĚSTEK
MINISTRA ZAHRANIČNÍCH VĚCÍ
ING. Z. PÍREK

Praha, května 1990

Pane velvyslanče,

je mi ctí jménem vlády České a Slovenské Federativní Republiky v odpovědi na žádost Vaší strany sdělit, s odkazem na článek 3, odst. 4 dnes oběma vládami uzavřené Dohody o úpravě otázek společného zájmu týkajících se jaderné bezpečnosti a ochrany před zářením, že článek 3, odst. 1 této dohody se na území České a Slovenské Federativní Republiky vztahuje také na jadernou elektrárnu Temelín, která je ve výstavbě.

S nejhlubší úctou

[Signed — Signé]¹

Jeho excelenci
Hermannu Huber
velvyslanci Spolkové republiky Německo
Praha

¹ Signed by Zdenko Pírek — Signé par Zdenko Pírek.

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE
CZECH AND SLOVAK FEDERAL REPUBLIC TO REGULATE
MATTERS OF COMMON INTEREST IN RELATION TO NU-
CLEAR SAFETY AND RADIATION PROTECTION

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech and Slovak Federal Republic,

Desiring, in accordance with the Treaty on mutual relations between the Federal Republic of Germany and the Czechoslovak Socialist Republic, of 11 December 1973,² in particular in respect of its article V, to develop their mutual relations further,

Bearing in mind the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe of 1 August 1975,³ and the Concluding Documents of the Madrid⁴ and Vienna meetings,⁵

Based on the Convention on Early Notification of a Nuclear Accident, of 26 September 1986,⁶ signed at Vienna,

Aware that general and early exchange of information and experience on nuclear safety and radiation protection helps in particular to enhance protection of the populations of both Parties,

Have agreed as follows:

SCOPE OF APPLICATION

Article 1

This Agreement shall apply to nuclear facilities and activities; these shall comprise:

- (a) Nuclear reactors;
- (b) Nuclear fuel cycle facilities;
- (c) Radioactive waste management facilities;
- (d) Transport and storage of nuclear fuels or radioactive wastes.

EXCHANGE OF INFORMATION AND EXPERIENCE

Article 2

1. The Parties shall inform each other of developments in the peaceful uses of nuclear energy and of their legislation for nuclear safety and radiation protection.

¹ Came into force on 2 August 1990, the date on which the Parties notified each other (on 18 July and 2 August 1990) of the completion of the domestic prerequisites, in accordance with article 9 (1).

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 951, p. 355.

³ *International Legal Materials*, vol. 14 (1975), p. 1292 (American Society of International Law).

⁴ *Ibid.*, vol. 22 (1983), p. 1395 (American Society of International Law).

⁵ *Ibid.*, vol. 28 (1989), p. 527 (American Society of International Law).

⁶ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1439, No. 1-24404.

2. The Parties shall inform each other concerning their experiences gained from operation of their nuclear facilities, including safety systems and radiation protection.

3. The Parties shall regularly, once a year, exchange the results of their respective measurement programmes for emission and immission monitoring of nuclear facilities and monitoring of environmental radioactivity.

Article 3

1. The Parties shall inform each other of nuclear facilities near their border and shall make available to each other the appropriate documentation.

2. Information pursuant to paragraph 1 will be provided in respect of planned nuclear facilities early enough that any comments can be taken into account.

3. The provision of information pursuant to paragraphs 1 and 2, with the appropriate documentation, shall concern nuclear facilities in a range of up to 30 km on both sides of the common border.

4. On the basis of a grounded request by one Party, the provision of information pursuant to paragraph 1 may take place also in respect of nuclear facilities outside the range of 30 km on both sides of the common border. Both Parties shall inform each other of the facilities concerned through diplomatic channels.

EARLY NOTIFICATION OF NUCLEAR ACCIDENTS

Article 4

1. The Parties shall inform each other forthwith of accidents affecting nuclear facilities or activities as specified in article 1 of this Agreement in connection with which a release of radioactive material occurs or may occur. This notification shall take place, in the case of a danger of transboundary radiological effects in the territory of the other Party, at the latest by the time when measures to protect the Party's own population are initiated.

2. The information to be transmitted pursuant to paragraph 1 shall comprise the following:

(a) The time and exact location, where appropriate, and the nature of the nuclear accident;

(b) The facility or activity involved;

(c) The assumed or established cause and the foreseeable development of the nuclear accident relevant to the transboundary release of radioactive materials;

(d) The general characteristics of the radioactive release, including, so far as practicable and appropriate, the nature, probable physical and chemical form and quantity, composition and effective height of the radioactive release;

(e) Information on the current and forecast meteorological and hydrological conditions, necessary for forecasting the transboundary release of radioactive materials;

(f) The results of environmental monitoring relevant to the transboundary release of radioactive materials;

(g) The off-site protective measures taken or planned;

(h) The predicted behaviour over time of the radioactive release.

3. Notification shall be direct. For this purpose, the Parties shall inform each other of the points of contact responsible for the notification.

4. The Parties shall inform each other through the same channels of unusually high levels of radioactivity which they have measured, in cases other than those mentioned in paragraph 1.

5. At the request of one Party, the other Party shall transmit further particulars available for evaluation of the situation that has arisen, exceeding the scope of information to be provided as specified in paragraph 2.

GENERAL PROVISIONS

Article 5

1. In implementation of this Agreement, consultations shall take place periodically, at least once a year, and for special reasons.

2. The contents of the discussions and documentation exchanged may be used without restriction, unless they were given in confidence by the Party providing them. Confidential information and documentation may be made available only to offices that require them to prepare and execute measures for protection of the country's own population. Mutual agreement shall be required for any further envisaged transmission to third parties of confidential information and documentation.

Article 6

1. Each Party shall appoint a coordinator.

2. All documentation and information to be exchanged in the context of cooperation pursuant to articles 2 and 3 shall be channelled through the coordinators, provided that no specific channel is available in the individual case. Procedural details shall be settled between the coordinators.

Article 7

The Parties shall not claim any reimbursement for costs arising out of the exchange of information. Where the procurement of documentation occasions substantial costs, the requesting Party shall defray them.

Article 8

Pursuant to the Quadripartite Agreement of 3 September 1971,¹ this Agreement shall be extended to apply to Berlin (West) in accordance with the established procedures.

Article 9

1. This Agreement shall enter into force on the day on which both Parties have notified each other that the domestic prerequisites for entry into force have been fulfilled.

2. This Agreement is concluded for an indefinite period. It may be denounced by either Party on six months' notice in writing.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 880, p. 115.

DONE at Prague, on 30 May 1990, in two original copies, in the German and Czech languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

HERMANN HUBER
CLEMENS STROETMANN

For the Government
of the Czech and Slovak Federal Republic:

ZDENKO PIREK

EXCHANGE OF NOTES

I

THE AMBASSADOR OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

Prague, 30 May 1990

Dear Sir,

I have the honour, on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany, to inform you, having reference to article 3, paragraph 4, of the Agreement to Regulate Matters of Common Interest in Relation to Nuclear Safety and Radiation Protection concluded between our two Governments today, that in accordance with your Government's wish, article 3, paragraph 1, of the Agreement will also apply to the Isar nuclear power station in operation in the territory of the Federal Republic of Germany.

Accept, Sir, etc.

HERMANN HUBER

His Excellency
the Deputy Minister for Foreign Affairs
of the Czech and Slovak Federal Republic
Mr. Zdenko Pirek
Prague

II

THE DEPUTY MINISTER FOR FOREIGN AFFAIRS
OF THE CZECH AND SLOVAK FEDERAL REPUBLIC

Prague, 30 May 1990

Dear Sir,

I have the honour to inform you, on behalf of the Government of the Czech and Slovak Federal Republic, having reference to article 3, paragraph 4, of the Agreement to Regulate Matters of Common Interest in Relation to Nuclear Safety and Radiation Protection concluded between our two Governments today, that in accordance with your Government's wish, article 3, paragraph 1, of the Agreement will also apply to the Temelin nuclear power station under construction in the territory of the Czech and Slovak Federal Republic.

Accept, Sir, etc.

ZDENKO PIREK

His Excellency
the Ambassador of the Federal Republic
of Germany
Mr. Hermann Huber
Prague

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE TCHÈQUE ET SLOVAQUE RELATIF AU RÈGLEMENT DES QUESTIONS D'INTÉRÊT COMMUN EN MATIÈRE DE SÉCURITÉ NUCLÉAIRE ET DE RADIOPROTECTION

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République fédérale tchèque et slovaque,

Animés du désir de développer les relations mutuelles conformément au Traité du 11 décembre 1973 sur les relations mutuelles entre la République fédérale d'Allemagne et la République socialiste tchécoslovaque², notamment en ce qui concerne son article V,

Ayant en mémoire l'Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe, en date du 1^{er} août 1975³ et les documents finals des rencontres de Madrid⁴ et de Vienne⁵,

Se fondant sur la Convention signée à Vienne le 26 septembre 1986 sur la notification rapide d'un accident nucléaire⁶,

Conscients du fait que les échanges d'informations et d'expériences généraux et rapides sur la sécurité nucléaire et la radioprotection contribuent en particulier à l'amélioration de la protection de la population des deux Parties,

Sont convenus de ce qui suit :

DOMAINE D'APPLICATION

Article premier

Le présent Accord s'applique aux installations et activités nucléaires, comprenant :

- a) Les réacteurs nucléaires;
- b) Les installations du cycle des combustibles nucléaires;
- c) Les installations de traitement des déchets radioactifs;
- d) Le transport et le stockage des combustibles nucléaires ou déchets radioactifs.

¹ Entré en vigueur le 2 août 1990, date à laquelle les Parties se sont notifiées (les 18 juillet et 2 août 1990) l'accomplissement des conditions intérieures requises, conformément au paragraphe 1 de l'article 9.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 951, p. 355.

³ *Documents d'actualité internationale*, n^{os} 34-35-36 (26 août-2 et 9 septembre 1975), p. 642 (La Documentation française).

⁴ *Ibid.*, n^o 20 (15 octobre 1983), p. 381 (La Documentation française).

⁵ *Ibid.*, n^o 4 (15 février 1989), p. 70, et n^o 5 (1^{er} mars 1989), p. 102 (La Documentation française).

⁶ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1439, n^o 1-24404.

ECHANGES D'INFORMATIONS ET D'EXPÉRIENCES

Article 2

1. Les deux Parties s'informent l'une l'autre de l'évolution générale de l'utilisation pacifique de l'énergie nucléaire ainsi que de leur législation destinée à assurer la sécurité des installations nucléaires et la radioprotection.

2. Les deux Parties s'informent l'une l'autre des expériences acquises dans l'exploitation de leurs installations nucléaires, y compris les systèmes de sécurité et de radioprotection.

3. Les deux Parties échangent régulièrement une fois par an les résultats des programmes de mesure établis par chacune des Parties pour la surveillance des émissions et immissions des installations nucléaires ainsi que de la radioactivité de l'environnement.

Article 3

1. Les deux Parties s'informent mutuellement sur les installations proches des frontières et se communiquent les documents pertinents à cet égard.

2. Les informations au titre du paragraphe 1 concernant les installations nucléaires projetées seront données en temps utile pour qu'il puisse être tenu compte d'éventuelles prises de position.

3. Les informations et les documents pertinents visés aux paragraphes 1 et 2 concernent les installations nucléaires situées dans une zone de 30 kilomètres au maximum de chaque côté de la frontière commune.

4. Sur demande motivée d'une Partie, il peut être également procédé à l'échange d'informations visé au paragraphe 1, pour des installations nucléaires situées en dehors de la zone de 30 kilomètres de chaque côté de la frontière commune. Les deux Parties se communiqueront par la voie diplomatique des indications concernant les installations en question.

NOTIFICATION RAPIDE EN CAS D'ACCIDENTS NUCLÉAIRES

Article 4

1. Les deux Parties se notifient mutuellement sans retard les accidents concernant les installations ou activités nucléaires au sens de l'article premier du présent Accord, au cours desquels des substances radioactives ont été libérées ou risquent de l'être. Une telle information est donnée, en cas de danger d'effets radiologiques transfrontières sur le territoire de l'autre Partie, au plus tard à un moment où des mesures sont entreprises pour la protection de la population de la première Partie.

2. Les informations à communiquer au titre du paragraphe 1 comprennent les indications suivantes :

- a) Le moment, le cas échéant le lieu précis et la nature de l'accident;
- b) L'installation ou activité concernée;
- c) La cause supposée ou établie et l'évolution prévisible de l'accident nucléaire en ce qui concerne la libération transfrontière de substances radioactives;

d) Les caractéristiques générales de la libération de radioactivité, y compris, si possible et s'il y a lieu, de la nature, de la forme physique et chimique et de la quantité, de la composition et du niveau effectif probables de la libération de radioactivité;

e) Les informations sur les conditions météorologiques et hydrologiques prévues au moment considéré, qui sont nécessaires pour la prévision de la libération transfrontière de substances radioactives;

f) Les résultats de la surveillance de l'environnement en ce qui concerne la libération transfrontière de substances radioactives;

g) Les mesures de protection prises ou envisagées en dehors de l'installation concernée;

h) La prévision du comportement ultérieur de la libération de radioactivité.

3. Les informations sont données par la voie directe. A cet effet, les deux Parties se communiquent mutuellement les données concernant les services de contact compétents pour la transmission de ces informations.

4. Les deux Parties se communiquent par la même voie des informations sur les valeurs anormalement élevées de radioactivité mesurées par elles, dans d'autres cas que ceux qui sont mentionnés au paragraphe 1.

5. A la demande de l'une des Parties, l'autre Partie transmet, en plus des informations à transmettre dans la mesure indiquée au paragraphe 2, d'autres indications disponibles permettant d'évaluer la situation survenue.

DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article 5

1. En application du présent Accord, des consultations périodiques ont lieu au moins une fois par an et à des occasions particulières.

2. Le contenu des entretiens ainsi que les documents échangés peuvent être utilisés sans limitation, sauf s'ils ont été fournis à titre confidentiel par la Partie qui les a transmis. Les informations ou documents confidentiels peuvent être mis à la disposition des seuls services qui en ont besoin pour la préparation et l'exécution des mesures de protection de la population de la Partie concernée. La transmission supplémentaire prévue à des tiers, d'informations et de documents confidentiels, n'est autorisée qu'en cas d'accord réciproque.

Article 6

1. Chaque Partie nomme un coordonnateur.

2. L'échange de tous les documents et informations devant être transmis dans le cadre de la collaboration mentionnée aux articles 2 et 3, est effectué par l'intermédiaire des coordonnateurs, si aucun autre moyen n'est envisageable dans des cas d'espèce. Les détails de la procédure sont arrêtés entre les coordonnateurs.

Article 7

Les deux Parties ne présenteront aucune demande de remboursement pour les frais occasionnés par les échanges d'informations réciproques. Si une communication de documents entraîne des dépenses élevées et si la Partie requise l'indique à l'avance, la Partie requérante prendra en charge ces dépenses.

Article 8

Conformément à l'Accord quadripartite du 3 septembre 1971¹, le présent Accord s'applique au Land de Berlin (Ouest) en conformité avec les procédures établies.

Article 9

1. Le présent Accord entrera en vigueur à la date à laquelle les deux Parties se seront notifiées mutuellement que les conditions intérieures requises pour son entrée en vigueur ont été remplies.

2. Le présent Accord est conclu pour une durée illimitée. Chacune des Parties peut le dénoncer par écrit en respectant un préavis de six mois.

FAIT à Prague, le 30 mai 1990, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et tchèque, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale
d'Allemagne :

HERMANN HUBER
CLEMENS STROETMANN

Pour le Gouvernement
de la République fédérale
tchèque et slovaque :

ZDENKO PIREK

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 880, p. 115.

ÉCHANGE DE NOTES

I

L'AMBASSADEUR DE LA RÉPUBLIQUE
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

Prague, le 30 mai 1990

Monsieur le Ministre,

Au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, et me référant au paragraphe 4 de l'article 3 de l'Accord conclu ce jour entre nos deux Gouvernements pour le règlement des questions d'intérêt commun en matière de sécurité nucléaire et de radioprotection, j'ai l'honneur de vous faire savoir que, conformément au désir exprimé par votre Partie, le paragraphe 1 de l'article 3 du présent Accord s'appliquera à l'installation nucléaire Isar, actuellement en exploitation sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

Veuillez agréer, etc.

HERMANN HUBER

A son Excellence
Le Vice-Ministre des affaires extérieures
de la République fédérale tchèque et slovaque
Monsieur Zdenko Pirek
Prague

II

LE VICE-MINISTRE DES AFFAIRES EXTÉRIEURES
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE TCHÈQUE ET SLOVAQUE

Prague, le 30 mai 1990

Monsieur l'Ambassadeur,

Au nom de la République fédérale tchèque et slovaque, et me référant au paragraphe 4 de l'article 3 de l'Accord conclu ce jour entre nos deux Gouvernements pour le règlement des questions d'intérêt commun en matière de sécurité nucléaire et de radioprotection, j'ai l'honneur de vous faire savoir que, conformément au désir exprimé par votre Partie, le paragraphe 1 de l'article 3 du présent Accord s'appliquera à l'installation nucléaire Temelin, actuellement en cours de construction sur le territoire de la République fédérale tchèque et slovaque.

Veuillez agréer, etc.

ZDENKO PIREK

A son Excellence

L'Ambassadeur de la République
fédérale d'Allemagne
Monsieur Hermann Huber
Prague
